



Unabhängigkeit des Kosovo ist ein Prozess

Europa hat einen neuen Staat.

Doch bis dieser halbwegs funktioniert, wird die Europäische Union viel Aufbauarbeit leisten müssen. Die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo stößt in der EU auf diplomatisches Neuland, zumal einige Mitgliedsländer den neuen Staat nicht anerkennen wollen. Die Loslösung der südserbischen Provinz ist kein Präzedenzfall, betont Erweiterungskommissar Olli Rehn, der Bevölkerungsgruppen anderer EU-Staaten zur Nachahmung bewegen sollte. Das Engagement der Europäer dient allein der Stabilisierung des Westbalkans.

Die Europäische Union

wird in den kommenden vier Jahren rund eine Milliarde Euro in den Aufbau des Kosovo investieren. Außerdem wird die EU etwa 1.800 Polizisten, Richter, Staatsanwälte, Zöllner, Justizvollzugsbeamte und Verwaltungsexperten als Aufbauhelfer in die Region mit ihren zwei Millionen Menschen entsenden. Ein Großteil der Beamten wird aus Deutschland und Italien kommen. Die Kosten der EU-Mission mit dem

Namen EULEX werden in den ersten 16 Monaten mit 205 Millionen Euro veranschlagt. „Es ist entscheidend, dass wir dem Kosovo helfen, sich selbst zu helfen, so dass das Geld der Steuerzahler nicht für immer in ein schwarzes Loch im Westbalkan fließt“, so Kommissar Rehn. Zudem kündigte der Erweiterungskommissar eine hochrangige Geberkonferenz für den Kosovo an. Die Veranstaltung werde im späten Frühling bzw. frühen Sommer, jedenfalls noch vor der Sommerpause stattfinden. Rehn betonte, bis zur Geberkonferenz werde man genauer über den exakten Bedarf an Mitteln im Kosovo Bescheid wissen. Es sei wichtig, dass alle internationalen Partner ihren Beitrag leisteten. Im Zentrum der EU-Überlegungen stehe nicht mehr der Wiederaufbau und der Bau von Brücken, sondern die Schaffung von Institutionen.

Der Staub muss sich legen.

Österreich hat die Anerkennung des Kosovo zusammen mit wichtigen Partnern in der EU schnell beschlossen. Zypern, Rumänien und Spanien leh-

nen die Unabhängigkeit des Kosovo strikt ab. Die spanische Regierung fürchtet, die Basken könnten einen ähnlichen Weg verfolgen. Kommissar Rehn erwartet jedoch nicht, dass die ablehnende Haltung dieser EU-Staaten zu einer Blockade der Finanzhilfe führen wird. Jetzt müsse sich erst einmal „der Staub legen“. Die EU sei schon bisher mit allen ihren Annäherungs-Instrumenten

welches die richtigen Instrumente für eine weitere EU-Annäherung seien, so Rehn.

Den künftigen EU-Sondergesandten

für den Kosovo, Pieter Feith, erwartet eine gewaltige Aufgabe: Die Arbeitslosigkeit ist hoch, das durchschnittliche Einkommen gering, Korruption lähmt den Staat, und es gibt radikalisierte Minderheiten, die sich ge-



im Kosovo tätig. Langfristig schloss Rehn auch den Abschluss eines Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens – die Voraussetzung für einen späteren EU-Beitritt – nicht aus. Die Unabhängigkeit des Kosovo sei ein Prozess. Erst mit der Zeit werde sich zeigen,

gen die Unabhängigkeit stemmen. Der Druck auf die europäischen Aufbauhelfer, möglichst bald Erfolge zu zeigen, wird von allen Seiten groß sein. Die Interessen der USA und Russlands werden ebenfalls nicht ohne Einfluss bleiben.

■ Prioritäten für 2009

Wachstum und Beschäftigung, Klimawandel und nachhaltige Entwicklung, Einwanderungspolitik, sowie die Rolle Europas in der Welt sind die politischen Prioritäten der Europäischen Kommission im Jahr 2009. So wird die Kommission zum Beispiel Folgemaßnahmen zum Binnenmarktbericht und zur Überarbeitung der Sozialagenda einleiten. Außerdem will sie die Grundlagen für die Arbeit in den Jahren nach 2009 schaffen. Einen hohen Stellenwert werden dabei die Haushaltsüberprüfung und die Finanzielle Vorausschau für die kommenden Jahre einnehmen.

Grundlegende Bedeutung kommt der Entwicklung einer gemeinsamen Einwanderungspolitik zu. Weitere Initiativen zielen darauf ab, den Europäern das Leben zu erleichtern und ihre Sicherheit zu gewährleisten. Wichtig wird auch die Vertiefung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den Partnern der EU in der Welt sein, und hier besonders neue Partnerschaften mit Ländern in Afrika.

Ausgehend von der jährlichen Strategieplanung wird sich die Kommission nun mit dem Europäischen Parlament und dem Rat auf Prioritäten für 2009 einigen und klären, wie sich diese im Haushaltsplan widerspiegeln sollen. Im Oktober wird die Kommission dann ihr Legislativ- und Arbeitsprogramm vorlegen.

Das Jahr 2009 ist für die EU von besonderer Bedeutung: Der Vertrag von Lissabon wird dann voraussichtlich in Kraft treten und zu neuen Strukturen führen, die Wahlen zum Europäischen Parlament stehen im Juni an und im November wird eine neue Europäische Kommission ihre Arbeit aufnehmen.



■ High Tech für Europas Grenzen

Biometrische Gesichtserkennung, ein Fingerabdruck-Register, satellitengestützte Grenzüberwachung – das sind nur einige Elemente aus dem neuen Paket von Vorschlägen zur besseren Kontrolle der EU-Außengrenzen, das der für Sicherheit zuständige EU-Kommissionsvizepräsident Franco Frattini vorgestellt hat. Frattini verwies auf den Auftrag des Europäischen Rates, der mit seiner Zustimmung zur Schengen-Erweiterung im Dezember 2007 die Aufforderung an die EU-Kommission verbunden hatte, ein umfassendes Grenzsicherungssystem unter Nutzung der neuesten Technologie zu entwickeln. Die Vorschläge der Kommission sollen in den kommenden fünf bis sieben Jahren vom Europäischen Parlament und dem Rat debattiert und umgesetzt werden. Es gehe nicht an, so Frattini, dass Menschenhändler und Mafia-Organisationen über modernere Technik verfügten als die europäische Polizei. Grenzsicherung heute müsse sich elektronischer Mittel bedienen. Drei Bereiche stehen dabei im Vordergrund: die Stärkung und Weiterentwicklung der Grenzschutz-Behörde Frontex - die Koordinierung und Vernetzung der Grenzüberwachungssysteme an den Ostgrenzen und im Mittelmeerraum - die elektronische Erfassung von Aus- und Einreisenden. Frontex soll längerfristig eine eigene, uniformierte Grenzsicherungstruppe stellen, die möglicherweise von Malta aus im Mittelmeer operieren kann. Hauptaufgabe bleibt der Kampf gegen illegale Einwanderung, aber das Aufgabengebiet wächst: Frontex wird sich auch um die Terrorbekämpfung und die Kontrolle von Schmuggelware kümmern.



■ Bosnien und Herzegowina-Gespräche

EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn hat führende Politiker von Bosnien und Herzegowina zu einem Treffen nach Brüssel eingeladen. Thema der Gespräche ist die europäische Integration des Landes. Das Inkrafttreten des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens (SAA) im Dezember 2007 hat der europäischen Agenda von Bosnien und Herzegowina wieder Aufschwung verliehen. Ferner hatten die führenden Politiker von Bosnien und Herzegowina zugesagt, dass die Polizeireform abgeschlossen und gesetzlich verankert wird. Sie verpflichten sich, sich dabei eng mit dem Sondergesandten der EU und der EU-Polizeimission (EUPM) abzustimmen. Rehn erklärte: „Ich setze mich entschlossen für die europäische Zukunft Bosniens und Herzegowinas und seiner Bevölkerung ein. Wie den Menschen in Bosnien und Herzegowina ist es auch mir daran gelegen, dass das Land Fortschritte auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft macht. Die politische Führung des Landes muss für neuen Schwung sorgen und weitere Schritte unternehmen. Ich freue mich auf einen gehaltvollen und zukunftsorientierten Austausch über die EU-Perspektiven des Landes und die bevorstehenden Herausforderungen.“



■ Regionalpolitik in Aktion

Über ein Drittel des EU-Haushalts wird jährlich zur Erreichung regionalpolitischer Ziele eingesetzt. Dabei geht es vor allem um die Förderung Wachstums begünstigender Bedingungen, mit denen die weniger entwickelten Länder und Regionen der EU in puncto Infrastruktur und Lebensstandard auf das Niveau der anderen EU-Länder gebracht werden sollen; die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und die Schaffung von Arbeitsplätzen; die Verbesserung der grenz- und regionenüberschreitenden Zusammenarbeit. Von 2000 bis 2006 haben die EU-Länder zu diesem Zweck insgesamt 223 Milliarden Euro erhalten. Um sicherzustellen, dass das Geld auch gut angelegt wird, müssen die Länder Finanzpläne, Rechnungsprüfungen und sonstige Kontrollmechanismen einführen. Die Kommission ihrerseits überprüft jährlich, wie die Gelder ausgegeben werden. Der neue Finanzierungszyklus begann mit dem Jahr 2007. „Dank unserer erfolgreichen Partnerschaft mit den Mitgliedstaaten konnten wir über 400 operationelle Programme für den Zeitraum 2007–2013 beschließen“, erklärte Kommissarin Danuta Hübner. „Die Herausforderung besteht jetzt darin, den Schwung beizubehalten.“ Die Kommission setzt auf die Kohäsionspolitik, um mit 347 Milliarden Euro für den Zeitraum 2007–2013 noch besser zu Wachstum und Beschäftigung beizutragen.

In jeder Beziehung
zählen
die Menschen.

Steiermärkische
SPARKASSE 

■ EU-Klimapolitik und die österreichische Wirtschaft



Die österreichische Wirtschaft setzt sich für einen sinnvollen Klimaschutz auf Basis neuester Technologien und Innovationen ein, der jedoch gleichzeitig den Wirtschafts- und Industriestandort Österreich und die damit verbundenen Arbeitsplätze sichert. Dafür benötigen wir ein sinnvolles Benchmarking-Modell in Europa, das die besten Betriebe belohnt. Wir brauchen auch Rechtssicherheit für Investoren sowie die Erstellung eines Energie-/Klima-Masterplans bis 2020 für Österreich und für Europa.

Entscheidend ist nicht, wo ein Betrieb steht, sondern wie er arbeitet.

Viele heimische Branchen, z.B. in der Stahlindustrie, sind beim niedrigen CO₂-Ausstoß bereits Weltspitze. Ein durch unrealistische EU-Vorgaben erzwungenes Abwandern österreichischer Industrieproduktionen in Länder mit geringeren Auflagen würde nicht nur massiv Wohlstand und Beschäftigung im Inland kosten, sondern sogar zu einem Anstieg der globalen CO₂-Emissionen führen.

Bei einem vor kurzem stattgefundenen Gespräch zwischen dem Vizepräsidenten der EU-Kommission, Günter Verheugen, und mir als Präsident der Europäischen Mittelstandsunion und als Vertreter der Europäischen Wirtschaftskammer ist nun eine wichtige Vorentscheidung im Rahmen des EU-Klimaschutzprogramms gefallen: Das von der Wirtschaftskammer favorisierte Benchmarking-Modell wird auch von Verheugen bevorzugt. Kommt es zum Zug, werden damit Betriebe, die dem besten energie- und umwelttechnischen Standard entsprechen, keine weiteren Kosten aufgebürdet. Ihnen

sollen auch weiterhin CO₂-Emissionszertifikate kostenlos zur Verfügung stehen.

Betriebe, die diesem besten Standard nicht entsprechen, haben dafür Kosten zu übernehmen, die auch als Anreiz für zusätzliche Investitionen dienen. Damit wäre ein marktwirtschaftlicher Ansatz gegeben und die befürchtete Massenvertreibung energieintensiver Betriebe aus der Europäischen Union hintangehalten.

EU-Klimapolitik soll Österreichs Vorleistungen berücksichtigen und Benchmarksystem einführen.

Österreich hat seine Hausaufgaben gemacht. Der heimischen Industrie ist es gelungen, zwischen 1990 und 2005 das für Beschäftigung und Wohlstand unerlässliche Wirtschaftswachstum vom CO₂-Ausstoß zu entkoppeln. Je mehr Güter in Österreich produziert werden, desto besser für das Weltklima.

Die Wechselwirkungen zwischen Klimawandel und Treibhausgas-Emissionen sind ein globales Problem, das nur auf globaler Ebene zu lösen ist. Das zeigt sich deutlich beim Vergleich EU – China. Europas Anteil an den Emissionen liegt derzeit bei 14 und schon bald bei weniger als 10 Prozent, während auf China bis 2030 rund ein Drittel der globalen Emissionen entfallen dürfte.

Werden die ursprünglichen Vorschläge der Europäischen Kommission im Bereich Erneuerbare Energie und Klimapolitik umgesetzt, droht ein enormes Belastungspaket, das die heimischen Unternehmen mit ihren bereits großen Vorleistungen vor extreme Herausforderungen stellt. Wir rechnen damit, dass sich für die Betriebe durch den von der Kommission vorgeschlagenen verpflichtenden Emissionshandel zusätzliche Kosten von mehr als einer Milliarde Euro pro Jahr ergeben.

Besonders störend ist auch, dass wichtige Fragen zum Emissionshandel erst im Jahr 2011 – und damit kurz vor Beginn der neuen Periode 2013 – konkretisiert werden sollen, die Investitionsentscheidungen für diesen Zeitraum jedoch schon jetzt getroffen werden müssen. Unsere Betriebe brauchen Rechts- und Planungssicherheit. Ein Investitionsstopp aufgrund einer unklaren Rechtslage muss vermieden werden.

Unverständlich ist darüber hinaus, dass die dem Emissionshandel unterliegenden Betriebe, die für 40 Prozent der EU-weiten Gesamtemissionen verantwortlich sind, ganze 60 Prozent der Reduktionsarbeit ab 2013 zu leisten haben. Das ist zu diskutieren.

Die besten Betriebe sollen belohnt – und nicht bestraft werden.

Bei den erneuerbaren Energien ist ein Anteil am gesamten Endenergieverbrauch von 34 Prozent bis 2020 – so wie von der EU vorgeschlagen – für Österreich außer Reichweite. Dies jedenfalls, solange der Energieverbrauch weiterhin um durchschnittlich 2 Prozent pro Jahr wächst. Wir sind jetzt schon mit über 23 Prozent im europäischen Spitzenfeld, Studien zufolge sind etwa 28 Prozent maximal erreichbar. Österreich ist Vorreiter bei den Erneuerbaren. Was wir in diesem Bereich unbedingt benötigen, sind kluge Rahmenbedingungen und ein ordentliches Kosten-Nutzen-Verhältnis. Der von uns vorgeschlagene Masterplan für die Klima- und Energiepolitik soll Maßnahmen für die Bereiche Bauen und Wohnen, Mobilität, Energiewirtschaft sowie Gewerbe und Industrie enthalten und die gegebenen Vernetzungen sichtbar machen.

*Dr. Christoph Leitl
Präsident der Wirtschaftskammer Österreich*

Filiale
8330 Feldbach
Hauptplatz 4 / Bürgergasse 19

Bank Austria
Creditanstalt

■ Perspektiven im Bildungsbereich



Unabhängig von der generellen Schwierigkeit, Europa in eine allgemein gültige und alle Dimensionen erfassende Definition zu pressen, gilt es in allen Bereichen europäischer Entwicklungsfelder die feine Balance zwischen Einheit und Vielfalt zu finden und das tägliche Bemühen um das Gemeinsame zu stärken.

Im Bildungsbereich stellen die europäischen Verträge, die beginnend mit Lissabon im Jahre 2000 voranschreitend immer weiter konkretisiert wurden, klar, dass es nicht Ziel der EU ist, die Bildungssysteme in Europa zu vereinheitlichen oder gar zu nivellieren. Vielmehr wird festgehalten, dass nationale Bildungssysteme historisch ge-

wachsen, in ein kulturelles Umfeld eingebettet und damit für das jeweilige Land Identität stiftend sind.

Dennoch hat man sich darauf geeinigt, dass die nationalen Bildungssysteme weiter zu entwickeln und Konvergenzen auszubauen sind, damit die europäischen Freiheiten von den Bürgerinnen und Bürgern der Union auch gelebt werden können.

Die Festlegung von drei grundlegenden strategischen Zielen mit dreizehn Teilzielen hat den Handlungsbedarf im Bildungsbereich herausfordernd umrissen und die Mitgliedstaaten der EU sind gefordert, auf allen möglichen Interventionsebenen ihre nationalen Bildungssysteme zu entwickeln.

LSI Rupert Dirnberger,

Landesobmann des Europäischen Erzieherbundes Steiermark

■ Europtimus 2008

Der Europäische Erzieherbund hat das Ziel, im Sinne einer positiven Europaerziehung die Vermittlung der europäischen Idee an den Schulen und das gegenseitige Verständnis und das Zusammenleben der Jugend in Europa zu fördern. In Zusammenarbeit mit dem BMUKK und der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich wurde zu diesem Zweck ein eigener Preis, der Europtimus, entwickelt. Dieser Europtimus wird an Schulen verliehen, die durch aktuelle spezifische Initiativen für das Schulleben, durch Projekte oder Veranstaltungen nachhaltig zu diesem Ziel der Vermittlung der europäischen Idee beitragen. Im Hinblick auf die in letzter Zeit gehäuft feststellbaren Zweifel an der Bedeutung eines geeinten Europas und die wachsende Kritik an Vorhaben der Europäischen Union sind besonders Einreichungen gefragt, die zum politischen Verständnis, zur Bewusstseinsbildung und zur Öffnung junger Menschen für die Europaidee beitragen. Durch die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre werden die nächsten Wahlen zum Europaparlament der Jugend mehr Stimme verleihen. Deshalb ist es besonders wichtig, diese Erstwähler zur Teilnahme und Mitgestaltung am Friedens-, Umwelt- und Sozialprojekt Europa zu motivieren. Dazu sind Projekte besonders geeignet, die auf nachhaltige Weise Sinn, Nutzen und Aufgaben der EU als Wirtschafts-, Umwelt- und Wertegemeinschaft an konkreten Erfahrungsbereichen Jugendlicher festmachen (z.B. Dialog der Kulturen, Klima und Energie, Verbraucherschutz). Neben Konzepten für die gesamte Schule wie speziellen Schwerpunkten, Schulprofilen oder Schulprogrammen (nicht bloß Bezeichnungen wie Europaschule) können auch einzelne Projekte oder Initiativen eingereicht werden, die der Zielsetzung entsprechen. Vorzulegen ist dabei ein Bericht, eine Dokumentation oder ein Print- bzw. Medienprodukt, das über das durchgeführte Vorhaben informiert. Kriterien für die Bewertung sind die Originalität, die didaktische Qualität, die erzielten Wirkungen und die Nachhaltigkeit der Initiative. Die Ermittlung der Preisträger erfolgt durch eine unabhängige Jury. Der Preis ist mit EURO 1.000,- dotiert.

Einsendeschluß: 7. Mai 2008 an das BMUKK, Minoritenplatz 5, 1014 Wien, z. H. Frau Mag. Ziegelwagner, Fax: 01/53120/81-2350. E-Mail: sonja.ziegelwagner@bmukk.gv.at

ÖFFENTLICHES MEDIUM
Dieses Medium liest der
»OBSERVER«
ÖSTERREICHIS VOLLSTÄNDIGSTER MEDIENBEOBACHTER
SEIT 1896
Web: www.observer.at Fon: 01 213 22 *0

 **GRAZER WECHSELSEITIGE**
Versicherung Aktiengesellschaft
Die Versicherung auf *Ihrer* Seite.

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz
Verleger: Europäische Föderalistische Bewegung Österreich
Max Wratschgo; Druck: Druckhaus Scharmer GmbH
Grundlegung Richtung:
Die Europastimme ist das Informationsblatt der EFBÖ und versucht, den Gedanken der Einigung Europas zu fördern.



Zum Einkauf aller Elektrowaren
Elektrogeräte - Radios und Fernseher

Elektro-FACH-Geschäft

E-WERK-NEUMARKT

VERKAUF
REPARATUR
SERVICE

8820 Neumarkt
Freimoosstraße 24
Tel. 03584/2255

■ Jugendliche in Brüssel

Die Jungen Europäischen Föderalisten Österreich (BEJ/JEF) führen in Kooperation mit dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK) und dem Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend (BMGFJ) EU und Demokratie Seminarreihen für jugendliche Multiplikatoren durch. Im Rahmen dieses Projektes werden auch Studienbesuche nach Brüssel angeboten.

Zuletzt konnte eine Gruppe von SchülervertreterInnen auf persönliche Einladung der EU-Kommissarin Benita Ferrero-Waldner vier Tage lang die Europäische Hauptstadt kennen lernen. Es wurden die Europäischen Institutionen wie der Rat und das Europäische Parlament besichtigt. Dabei wurden die SchülerInnen von ranghohen VertreterInnen der jeweiligen Einrichtungen empfangen und herumgeführt. So stellten unter anderem **MEP Dr. Hannes Swoboda** und **MEP Mag. Othmar Karas** das Europäische Parlament und seine Aufgaben vor und standen den SchülerInnen für Fragen und Diskussionen zur Verfügung. Trotz ihres dichtgedrängten Programms und engen Zeitplanes ließ es sich **EU-Kommissarin Benita Ferrero-Waldner** nicht nehmen, die BEJ/JEF Gruppe persönlich in ihren Räumlichkeiten zu empfangen. Mit großem Interesse verfolgten die Jugendlichen die sehr persönlichen Schilderungen der EU-Kommissarin über ihren Arbeitsalltag. Sie ermutigte die Jugendlichen nachdrücklich, sich weiter mit Europa zu beschäftigen und die Chancen, die die EU der Jugend bietet, wahrzunehmen.

Weitere kostenlose Studienbesuche für jugendliche MultiplikatorInnen nach Brüssel sind geplant. Bei Interesse einfach eine Nachricht an office@jef.at schicken.



■ Seminar Medienarbeit in der EU

Im Auftrag des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur veranstalten der BEJ/JEF für SchülervertreterInnen und speziell für SchülerzeitungsredakteurInnen EU Medienseminare. Ziel bei diesen intensiven dreitägigen Seminaren ist es, Jugendlichen die journalistische Grundlagen und Kenntnisse über politische Berichterstattung näher zu bringen und sie zu ermutigen, selbst ein Jugendmedium zu gestalten.

Der stellvertr. Generalsekretär des BEJ/JEF Franz-Josef Ganglmayer führt die SchülerInnen in die Welt des Journalismus ein und stellt vor allem praktische Methoden vor, welche die TeilnehmerInnen für ihre Schülerzeitung übernehmen können. Ebenso wird bei dieser Seminarreihe die Medienarbeit der EU beleuchtet und von Medienvertretern der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments vorgestellt. Erfahrene Journalisten geben den SchülerInnen auch Einblicke in ihren Berufsalltag.

Die Teilnahme an den Seminaren ist für Jugendliche komplett kostenlos. Kosten für Anreise, Unterkunft und Verpflegung übernimmt der Veranstalter. Für nähere Informationen siehe www.jef.at. Bei Interesse zur Teilnahme einfach eine Nachricht an office@jef.at schicken. Die nächsten Termine sind der 17.-19. April 2008 und 29.-31. Mai 2008.



8820 Neumarkt, Freimostr. 1
T 03584/2134, F DW 4
www.griedl.at info@griedl.at



Wir freuen uns auf Ihren Besuch!
Raiffeisenbank
Neumarkt-Scheifling
mit Zweigstelle Mühlen



Das Europahaus Neumarkt wird nach dem „Winterschlaf“ wieder fit gemacht, Reparaturarbeiten und Anschaffungen sind bereits in Angriff genommen. Die erste Veranstaltung findet am Freitag, 28. März um 19,30 Uhr mit dem Informationsabend „Landwirtschaft mit neuen Perspektiven“ im Sitzungssaal statt.

Bei dieser Gelegenheit, eine Reprise aus den Anfängen einer inzwischen über die Grenzen hinaus bekannten und international anerkannten Bildungseinrichtung des europäischen Föderalismus vom damaligen Bürgermeister ADir. i. R. Karl Kranz.

„Neumarkt, ab dem vorigen Jahrhundert ein kleingewerblich gut besetzter, aufstrebender Fremdenverkehrsort. In den 20er und 30er Jahren wirtschaftlich erschreckend abgebaut, befand sich nach dem Krieg in einer allgemein wirtschaftlich daniederliegenden Allgemeinsituation. Mein anfängliches Bestreben war, auf den einst nachweisbar erfolgreichen Fremdenverkehr, aufgrund der gegebenen außerordentlichen klimatischen Vorzüge aufbauend, wieder zu beleben. Das Schloss Forchtenstein, trotz bereits ruinenhaftem Allgemeinzustand – kein Fließwasser, 1 Trockenklo, Wasser musste händisch, früher mit dem Schlossesel herangebracht werden - und noch teilweise bewohnt, bedurfte dringender Erhaltungsmaßnahmen, sollte einer nützlichen Verwendung zugeführt werden. Diesbezügliche Angebote an Partei und ÖGB für eine zweckdienliche Verwendung blieben erfolglos.

Die Kontaktaufnahme von Seite der EFBÖ durch LR Karl Brunner, Dr. Otto Steidler und BEJ-LO Max Wratschgo, führten einvernehmlich, trotz anfänglicher politischer Missbilligung von Seiten meiner Partei, zur sofortigen Aufnahme der Ausbauarbeiten für das erste Europahaus in Österreich.

Das noch im Haus wohnende Mieterpaar wurde nach Vorsprache mit einer Empfehlung von Herrn Präsident Brunner in der Personalstelle der ÖBB in Villach kurzfristig nach Kärnten versetzt, danach konnte ein Seminarraum ausgebaut und eingerichtet werden. 1956 erforderte die Unterbringung von Ungarnflüchtlingen eine notwendige rasche Wasserzuführung ins Schloss, die nach Einbau einer Unterwasserpumpe im nahe liegenden Schlossleierbrunnen, Durchbohrung und Sprengung des Schlossbergfelsens installiert wurde. Die sehr rasch und erfolgreich zunehmende Tätigkeit der EFB, vor allem des BEJ mit Nüchtigungen, überforderte den Wasserzulauf im Brunnen, worauf fallweise zusätzlich Wasser für den Brunnen zugeführt und ein neuerlicher Wasseranschluss an die örtliche Wasserleitung über eine Hochdruckpumpe installiert werden musste. Der nicht entsprechende Zugang zum Schloss erforderte die Neuanlage einer Zufahrtstraße, die gleichzeitig auch den notwendigen Ausbau einer Schlossgastwirtschaft, die für die Versorgung der zunehmenden Europahausgäste dienlich war. Die weiterhin überaus stark zunehmenden Aktionen im Europahaus führten zu nicht enden wollenden Erfordernissen. Neumarkt rückte immer mehr in den Blickpunkt der europäischen Öffentlichkeit und übersteigt damit längst unsere anfängliche Vorstellung einer mehr als erfolgreichen Werbung für Neumarkt und seiner weiteren Umgebung.“

Karl Kranz, am 08.01.1920 in Neumarkt geboren, war von 1950 bis 1955 Gemeindecassier, vom 22.04.1955-15.05.1975 Bürgermeister in Neumarkt und viele Jahre Bezirksobmann der EFB.

■ Vorschau

- 29. März, 14.00 Uhr:** Bundesvorstandssitzung der EFB in Wien
- 28. März, 19.30 Uhr:** Landwirtschaft mit neuen Perspektiven, Informationsabend mit Doz. DI Dr. Karl Buchgraber im Europahaus Neumarkt
- 13. April:** 35. IVV Wandertag in Gleisdorf
- 17. April:** Europagesprache 2008 „Schengen und die Grenzen der Freiheit“ im Bundesschulzentrum Hartberg
- 24. April:** Forum „Migration und Integration im oberen Murtal“ in Judenburg
- 1.-12. Mai:** Europawoche zum Europatag 2008
- 9. - 12. Mai (Pfingsten):** Der Beitrag der Volksgruppen zum interkulturellen Dialog - Internationales Minderheitenseminar im Europahaus Neumarkt

† Dr. Grete Rhomberg

Unsere langjährige Präsidentin der Europa-Union Vorarlberg und stellvertretende Bundesvorsitzende der EFB ist am



16. Jänner 2008 verstorben.

In seiner Trauerrede würdigte Max Wratschgo ihre Verdienste für die Europäische Einigung und dankte für alle europäischen Bemühungen im Namen der Bundesleitung, im Namen des Landesobmannes Dr. Anton Schäfer und seiner Vorgänger Marita Aberer und Rudolf Fischer.

Grete Rhomberg gehörte zu den aktivsten Mitarbeiterinnen der Europäischen Föderalistischen Bewegung Österreich. Über Vorschlag des Präsidenten des Vorarlberger Landesverbandes Oskar Holzhammer übernahm sie 1973 die Präsidentschaft.

Schwerpunkte ihrer europäischen Arbeit waren die vielen Diskussionsabende mit Politikern, Wirtschaftsfachleuten und Mitarbeitern der EFB, vor allem auch auf ihrem Landsitz Watzenegg. Auf ihrem Landsitz fanden einige Bundesvorstandssitzungen und viele europäische Gespräche und Beratungen über unsere Arbeit statt. Die zahlreichen Vernissagen auf Watzenegg wurden zu einem „europäischen“ Jour Fix. Ein großes Anliegen waren für unsere Grete die grenzüberschreitenden Kontakte mit der Europa-Union Ostschweiz und Baden-Württemberg. Bereits 1974 wurde sie in das Bundeskomitee unseres europäischen Dachverbandes der Union Europäischer Föderalisten gewählt, fast 30 Jahre gehörte sie diesem Komitee an.

Im Jahr 1992 kandidierte sie nicht mehr als Präsidentin des Landesverbandes Vorarlberg, wurde aber zur Ehrenpräsidentin gewählt.

In Anerkennung für ihre unermüdlischen wertvollen europäischen Arbeiten wurde sie mit dem „Merite Européen in Silber“, mit der „Goldenen Ehrennadel der EFB“ und dem „Großen Verdienstzeichen des Landes Vorarlberg“ ausgezeichnet.

Ehre, wem Ehre gebührt



Bei der diesjährigen Sportlerehrung in Gleisdorf wurden 37 aktive SportlerInnen des Rb Europajugend aus den Sektionen Badminton, Racketlon und Schach für ihre hervorragenden Leistungen im abgelaufenen Spieljahr geehrt.

Ehrennadel an Prof. Gheorghe Magas



Über Beschluss des Bundesvorstandes der EFB wurde Herrn Prof. Gheorghe Magas aus Caransebes/RO für seine Verdienste um die Zusammenarbeit zwischen dem Banater Bergland und der EFB und des EEBÖ, die „Goldene Ehrennadel der

EFB“ durch Max Wratschgo und LSI Hofrat Rupert Dirnberger im Bildungshaus Retzhof verliehen. Durch seine Initiative nahmen bald nach der Wende 1989 Pädagogen aus dem Banater Bergland an unseren Lehrerveranstaltungen teil. Weiters organisierte er Musik- und Tanzgruppen für die Europatag-Veranstaltungen in der Steiermark.

EEB Generalversammlung

Am 10.12.07 fand im Theresianum in Wien die Generalversammlung des EEBÖ statt. In das Präsidium wurden u.a. gewählt: Obmann: Sektionschef a. D. Dr. Heinz Gruber, Obmann-Stv.: Dir. Dr. Dieter Braunstein u. LSI HR Rupert Dirnberger, Generalsekretär: HR Dr. Fritz Mairleitner.



Der Landesverband Steiermark führte kürzlich die Hauptversammlung in Retzhof durch. LSI HR Rupert Dirnberger wurde wieder einstimmig zum Landesobmann gewählt.

Österreich-Tag in Tab/Ungarn

Das Honorarkonsulat für Österreich in Ungarn und die Stadt Tab im Komitat Somogy luden EFB und BEJ zum Österreich-Tag im Kulturzentrum. Dabei wurden historische und kulturelle Aspekte beider Länder hervorgehoben.



Max Wratschgo unterstrich die jahrelangen Kontakte mit Ungarn und eröffnete die Ausstellung „Der Freiheitskampf der Ungarn von 1956“.

Den österreichischen Kulturbeitrag lieferten die „Jungen Kulmer Schuhplattler“ mit brillianen Auftritten, die einen Blitzlehrgang im Schuhplatteln im Schulzentrum Tab zur Folge hatten.



Lagerhaus Agrarunion Südost

- Agrar
- Technik
- Baustoffe
- Bau & Garten
- Bauservice
- Energie

Lagerhauszentrum Feldbach
Alles unter einem Dach...

8330 Feldbach, Lugitschstraße 1
Tel.: 03152/5330-0, Fax: 03152/5484
e-mail: office@agrarunion.rlh.at
www.agrarunion.at

Die Wanderausstellung der Europäischen Föderalisten „Europa und Schengen“ ist 10-fach seit Mitte Dezember 2007 in ganz Österreich im Einsatz. Zu den Präsentationen der Ausstellung in Bezirkshauptmannschaften, Gemeinden und in überwiegendem Ausmaß in Schulen, finden gesondert Informationsveranstaltungen statt.

Feierlichkeiten zur Erweiterung des Schengenraumes am BORG Bad Radkersburg

Freiheit, Sicherheit und Recht werden zur Wirklichkeit im BORG Bad Radkersburg und für einige SchülerInnen tägliche Realität. Mit besonderem Engagement präsentierten Schüler dieser Schule am „Tag der offenen Tür“ das Thema Europa und Schengen - zweisprachig.

Einen Auszug dieser Arbeit möchten wir hier vorstellen:

Tag der offenen Tür – Wanderausstellung Schengen

Am 18.01.2008 fand im BORG Bad Radkersburg der Tag der offenen Tür statt. An diesem Tag konnte man auch die Wanderausstellung zum Thema »Europa und Schengen« besichtigen. SchülerInnen aus der 7a und der 6b führten zweisprachig durch die Ausstellung. Dajana Pernarčič und Katja Senekovič übernahmen die Führungen auch in slovenischer Sprache. Im folgenden Text wird der Inhalt der Ausstellung auf Slowenisch vorgestellt.

Dan odprih vrat – RAZSTAVA NA TEMO SCHENGEN

18.01.2008 se je v gimnaziji Bad Radkersburg odvijal dan odprih vrat, ki je nudil možnost ogleda razstave na temo »Evropa in Schengen«. Obiskovalci so se lahko s pomočjo ucencev in ucenek prvih in drugih letnikov na ta nacin s Schengenom poblizje spoznali. Ucenki Dajana Pernarčič in Katja Senekovič sta med drugim slednjega predstavili tudi v slovenscini.

Schengen

Schengen je majhno naselje in istoimenska občina v severovzhodnem Luksemburgu, blizu tromeje med Nemčijo, Francijo in Luksemburgom. Po podatkih



iz leta 2005 ima 425 prebivalcev. Znano je po vinarstvu, v svetovnem smislu pa po Schengenskem sporazumu, ki je bil v Schengenu prvič podpisan 14. junija 1985 med petimi evropskimi državami (Belgijo, Francijo, Zahodno Nemčijo, Luksemburgom in Nizozemsko). Zaradi slovesa imena kraja se je občinski svet občine Remerschen 18. januarja 2006 odločil, da občino preimenuje v občino Schengen. Schengenski sporazum je mednarodni sporazum med nekaterimi članicami Evropske unije, ki je omogočil zmanjšanje mejne kontrole in okrepljeno sodelovanje med policijami in carinami držav podpisnic sporazuma. Vključuje tudi sodelovanje pri začasnem vstopu oseb tretjih držav (vključujoč Schengensko vizo) ter uskladitev zunanjih meja...

Pomemben del schengenskega pravnega reda je Schengenski informacijski sistem (SIS), to je centralni računalniški sistem, ki policiji, carini, upravnim enotam in konzularnim uslužbencem iz držav podpisnic omogoča dostop do podatkov o osumljenih kaznivih dejanjih, o pogrešanih osebah, državljanih tretjih držav, ki jim je zavrnjen vstop, ipd.

Države, za katere se uporabljajo schengenska pravila

Pet podpisnic obeh schengenskih sporazumov (Belgija, Nizozemska, Luksemburg, Nemčija in Francija) je leta 1995 skupaj s Portugalsko in Španijo vzpostavilo schengensko območje. Avstrija, Grčija in Italija so sporazum in konvencijo začele izvajati konec leta 1997, leta 2001 pa so se območju pridružile še Danska, Finska in Švedska. Skupaj z njimi sta v Schengen vstopili še dve državi, ki nista članici EU, in sicer Islandija in Norveška. V noči z 20. na 21. december 2007 se je v schengensko območje vključilo tudi devet držav članic, ki so v EU vstopile 1. maja 2004: Češka, Estonija, Latvija, Litva, Madžarska, Malta, Poljska, Slovaška in Slovenija. Za vstop v Schengen se je odločila tudi Švica, ki bo imela tako enak pridružen status kakor Norveška in Islandija, ki prav tako nista članici EU. Določbe schengenskega pravnega reda bodo tako od 21. 12. 2007 v celoti izvajale naslednje države: Avstrija, Belgija, Češka, Danska, Estonija, Finska, Francija, Grčija, Nemčija, Italija, Islandija, Latvija, Litva, Luksemburg, Madžarska, Malta, Nizozemska, Norveška, Poljska, Portugalska, Slovaška, Slovenija, Španija in Švedska...

Europa-Aktion 1967

An den Grenzübertrittsstellen Brenner und Kufstein wurden gestern von Studenten der Universität Innsbruck Flugzettel an die Durchreisenden verteilt, auf denen der Abbau der Grenzkontrollen gefordert wird. Veranstalter dieser „Europaaktion 67“ ist der „Bund Europäischer Jugend“ (BEJ), der mit dieser Aktion einen Beitrag zur Ueberwindung der Grenzen in Europa leisten will. Die „Europaaktion 67“ wird heute an den genannten Grenzübertrittsstellen fortgeführt und beendet werden. Bild: Flugzettelverteilung am Brenner. (Habermüller)



Eigentümer, Verleger, Herausgeber: Europäische Föderalistische Bewegung/Bund Europäischer Jugend.
Redakteure: Christine Hofmeister, Daniel Gerer, Günter Lindner, Karl Menzinger, Max Wratschgo, Wolfgang Wratschgo. Sitz des Verlages: 8330 Feldbach, Jahnweg 5, Tel. 03152/2497, Fax-14, e-mail: die.europaer@europajugend.at. Druck: Scharmer GmbH., A-8330 Feldbach, Europastraße 42, Tel. 03152/2318, Fax-13, e-mail: office@scharmer.at **Zulassungsnummer: GZ 02Z033230 M**
Erscheinungsort 8330 Feldbach, Verlagspostamt 8330 Feldbach, P. b. b.